Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1926

24.7.1926 (No. 169)

Visual Library

№ 169 Samstag, den 24. Juli 1926 169. Jahrgang

Expedition: Karlfriedrich-Straße Nr. 14
Fernsprecher: Nr. 953 und 954
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. Amend, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— Goldmark einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Goldpfennig. — Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 14 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlfriedrichstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung, und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft u. Bildung, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Bad. Landtags

Baden in Basel

Eine deutsche Rheinausstellung

Das Deutsche Reich zeigt auf der Baseler internationalen Ausstellung für Binnenschiffahrt und Wasserkraftnutzung nach dem Gastland unstreitig die hervorragendste und umfangreiche Schau. Betritt man das Ausstellungsgebäude, so regt gleich die Halle I zu Vergleichen an, denn hier stehen sich Frankreich und Deutschland gegenüber. Rechts sehen wir den ersten Teil der deutschen Hauptschau, die dann durch den ganzen rechten Flügel der ersten beiden Ausstellungshallen verläuft (wozu noch der stattliche deutsche Anteil in der Industrieausstellung in Halle IV kommt), während der linke Teil der Halle I die gesamte, also viel kleinere französische Abteilung enthält. Was zugunsten der deutschen Schau spricht, ist vor allem ihr großzügiger und übersichtlicher Charakter, ihre direkt künstlerische Aufmachung, welcher Eindruck bei Frankreich schon wegen der übermäßigen Zusammendrängung der Objekte, unter die Warenausstellungen hineingeraten sind, trotz Lichtreklamen und sonstiger Effekte sich nicht gewinnen läßt.

Die deutsche Schau ist vor allem **eine Rheinausstellung** in großem und prachtvollem Rahmen nach einheitlichen künstlerischen Plänen. Alles ist im logischen Aufbau dargestellt und der innere Zusammenhang zwischen Binnenschiffahrt und Wasserkraftnutzung in vorbildlicher Weise zum Ausdruck gebracht. Nicht nur der Techniker, auch jeder einigermaßen an diesen bedeutungsvollen Fragen interessierte Laie erhält hier einen vorzüglichen Überblick über das bereits Geschaffene und das noch Größere das man erstrebt. Ein vorzüglicher, illustrierter Katalog und regelmäßige Gruppenführungen durch Sachverständige erleichtern die Orientierung, die durch das Büro auf Wunsch auch fremdsprachlich erfolgt.

*

Es ergibt sich von selbst, daß auf der Ausstellung **Baden** sehr stark vertreten ist. Das Land Baden hat zunächst breiten Anteil an der offiziellen Schau des Deutschen Reiches und der Länder, welche in Halle I und II des Ausstellungsgebäudes in der geschlossenen Schau des Deutschen Reiches untergebracht ist.

Die Abteilung für Binnenschiffahrt der deutschen Schau zeigt neben den verschiedensten Kanal-Systemen (süddeutsche, westdeutsche, ostdeutsche Kanäle), die Gebiete der Hauptströme Deutschlands (Rhein, Weser, Elbe, Oder), außerdem die wichtigsten Binnenhäfen Deutschlands.

In der Rheinabteilung ist Baden vertreten durch die Ausstellung der **Wasser- und Straßenbaudirektion Karlsruhe** und zeigt hier neben einem anschaulichen Modell über die Stromverbauung des Rheins eine große Anzahl von interessanten Wandtafeln, welche die geschichtliche Entwicklung der Regulierung des Rheins und der durchgeführten Arbeiten behandelt. Ausgestellt sind auch die Bilder der an diesen Arbeiten maßgebend beteiligten Männer wie des Ingenieurobersten **Tulla** und des Finanzministers **Honsell**.

Die Tulla'sche Rheinkorrektion von der schweizerischen bis zur hessischen Grenze galt allerdings weniger der Verbesserung der Schiffahrtsstraße, als der Bodenkultur. Sie hatte in erster Linie den Zweck, die Ländereien an beiden Ufern vor dem verwilderten Strom zu schützen und wurde erst 1876 durch die schwierigen Arbeiten bei Istein beendet. Die Arbeiten unter Honsell erst, durchgeführt 1907 bis 1914, waren auf die Verbesserung des Fahrwassers gerichtet. Zwischen Germersheim (Sondernheim) und Kehl-Straßburg wurde ein Niederwasserbett geschaffen. Die Strecken unterhalb Germersheim werden gegenwärtig durch Teilregulierungen und Baggerungen verbessert. Für die Rheinregulierung Kehl-Basel liegt bekanntlich der Entwurf vor, den die badische Wasser- und Straßenbaudirektion für die schweizerische Regierung aufgestellt hat.

In der Abteilung **„Binnenschiffahrts-Häfen"** ist ein Kolossalgebäude des Karlsruher Professors **Haueisen** ausgestellt, darstellend die Stadt **Mannheim** und die Mannheimer Hafenanlagen. Das Bild zeigt vom Standpunkte eines, einige 100 Meter über der Rheinebene schwebenden, Fliegers den Blick über die Stadt Mannheim, mit Rhein, Neckar, Speyer bis Heidelberg mit allen wichtigen Industrie- und Verkehrsanlagen, eine außerordentlich plastische und künstlerisch hochwertige Darstellung, welche bei dem Publikum besten Anklang gefunden hat.

Die **große Rheinkarte**, welche räumlich mitten in der Halle I auf dem Boden untergebracht ist, zeigt mit ihren verschiedenfarbig leuchtenden Zeichen auch das Gebiet des Landes Baden, mit den wichtigsten Industrien und Wasserkraftanlagen. In ihr ist der gesamte Flußlauf des Rheines von seinem Austritt aus dem Bodensee bis zur holländischen Grenze dargestellt. Sie ist, durchaus begründet, räumlich im Mittelpunkt der Ausstellung für Binnenschiffahrt angeordnet. Von einem durch breite Treppen zugänglich gemachten geräumigen Podium aus übersieht man nicht nur diese auf dem Boden der Halle ausgelegte Karte, sondern hat einen prächtigen Blick über die gesamte erste Abteilung der deutschen Schau.

In der Rheinabteilung sind außerdem interessante Modelle enthalten, z. B. die Geräte eines Goldwäschers am badischen Oberrhein und die bekannte Salmenwage, welche die badischen Rheinfischer zum Fangen der Salme verwendet haben.

In dieser Abteilung findet sich auch eine Schau über **die Rhein-Neckar-Donauwasserstraße** mit hochinteressanten Plänen und statistischen Darstellungen, die naturgemäß auch die badische Strecke umfassen. Ein eindrucksvolles Leuchtbild zeigt diese Schiffahrtsstraße und ihren Ausbau. Seit 1877 wird auf dem Neckar die Kettenschiffahrt bis Heilbronn betrieben. Bekanntlich ist die Fortsetzung der Neckarkanalisierung bis Plochingen geplant. Von da soll ein Überlandkanal bis Ulm führen, der mit Hilfe von Schiffshebewerken und unterirdischen Kanalstollen das Juragebirge überschreitet. Dadurch wird eine Verbindung zwischen Rhein und Donau hergestellt. Ihr soll sich eine weitere von Ulm nach Friedrichshafen zum Bodensee anschließen, sowie die Kanalisierung der Donau von Ulm bis Regensburg. Dadurch wird der deutsche Südwesten sowohl dem Stromgebiet des Rheins wie der Donau durch Großschiffahrtswege erschlossen.

In der Abteilung **„Wissenschaftliche Anstalten"** nimmt hervorragenden Anteil die **Technische Hochschule Karlsruhe** mit einem außerordentlich instruktiven Modell der von Geheimrat Professor Dr. **Rehbock** erfundenen Zahnschwelle, die beweist, welche Bedeutung der Modellversuch für die zweckmäßige und wirtschaftliche Ausgestaltung von Bauwerken im Wasserbau hat und einer reichen Anzahl von Gipsmodellen und Wandtafeln über die Arbeiten, welche im Flußbaulaboratorium Geheimrats Professor Dr. Rehbock im In- und Auslande durchgeführt wurden.

In der sich anschließenden **Abteilung für Wasserkraftnutzung** ist das **Badenwerk** in einer besonderen Koje vertreten mit verschiedenen Modellen, Wandtafeln und Gemälden, letztere ausgeführt von dem Karlsruher Künstler **Kupferschmidt**, und dem badischen Regierungsbaumeister **Hauck**. Die in großem Umfang erst im letzten Jahrzehnt in Deutschland in Angriff genommene Ausnutzung der Wasserkräfte zur Erzeugung von elektrischer Energie lernen wir in dieser Abteilung in außerordentlich instruktiver Weise kennen, und Baden stellt sich mit seinen vorbildlichen Anlagen anderen deutschen Ländern wie Bayern würdig an die Seite. Die Energieerzeugung mit Wasserkraft hat vor der Dampfkraft den Vorteil einer viel einfacheren maschinellen Einrichtung, die weniger Arbeitskraft beansprucht und außerdem den Vorteil, daß zur Kraftgewinnung keine Unkosten für Betriebsstoffe entstehen. Der Nachteil besteht in den höheren Baukosten. Wirtschaftlich können infolge der verschiedenen Wasserführung der Flußläufe und des verschiedenen Strombedarfs in den einzelnen Tageszeiten Wasserkräfte im allgemeinen nur in Verbindung mit Speicherwerken arbeiten.

Wir sehen eine Darstellung des Stromnetzes, dessen Hauptleitung von Laufenburg bis Mannheim führt, dabei auch die Verbindung von den Wasserkräften der Schweiz bis zur rheinischen Braunkohle darstellt, eine Reihe von Darstellungen des **Murg- und Schwarzenbachwerkes** in Bildern und Modellen, ebenso Darstellungen des **Schluchseewerks** mit seinen drei Stufen in Gemälden, Plänen und einem Relief. Alles ebenso prachtvoll wie instruktiv ausgeführt.

Die **Wasser- und Straßenbaudirektion Karlsruhe** hat eine außerordentlich reiche Schau ausgestellt im 1. Stockwerk der Halle II, worin der **Ausbau des Rheines zwischen Basel und Bodensee**, sowie die Gewässerkunde und Wasserkraftnutzung des Landes Baden ausführlich behandelt sind. In dieser Abteilung findet der Besucher weitgehenden Aufschluß in Modellen und Wandtafeln über die am Oberrhein bestehenden **Kraftwerke**, sowie die noch geplanten Bauten zur Kanalisierung des Rheins zwischen Bodensee und Basel. Anschließend hieran sind auch zur Ausstellung gebracht die Pläne zur **Regulierung des Bodensees**, die für Baden hohes Interesse besitzen.

In der Abteilung der deutschen Städte, Hafenverwaltungen und Reedereien ist Baden wie folgt vertreten:

Die Landeshauptstadt **Karlsruhe** zeigt in Gemälden und Wandtafeln die geschichtliche Entwicklung der Schiffahrtsverbindung zum Rhein seit 1824, sowie in einem Schaukasten eine reiche Auswahl von Stadtbildern. Der Kreis **Lörrach** zeigt im Modell und Wandtafeln die Wasserkraftnutzung der Wiese. Die Stadtgemeinde **Kehl** zeigt in einer Ausstellung der Reichsbahndirektion Karlsruhe ein schönes Modell der Hafenanlage und entsprechende Wandtafeln.

Die Stadt **Mannheim** hat ein außerordentlich plastisches Modell ihrer Hafenanlage und Gemälde und Wandtafeln über dieselbe ausgestellt.

Weiter sehen wir in besonderer Koje die staatlichen Hafenanlagen in **Mannheim** mit einem großen Gemälde des Karlsruher Malers Kupferschmidt, ausgestellt vom badischen Finanzministerium.

In der großen Industriehalle, in welcher die Industrien der verschiedensten Länder ausgestellt haben, ist Baden würdig vertreten durch die Ausstellung der Holzrohrbau A.-G., Freiburg im Breisgau, welche beim Publikum lebhaftes Interesse gefunden hat.

*

Wie eingangs schon ausgeführt, ist die deutsche Abteilung der Baseler Ausstellung unter einheitlichen Gesichtspunkten ausgebaut, und deshalb stehen die badischen Objekte nicht als gedrängte Sonderausstellung da, sondern sind sinngemäß in das ganze Große eingefügt. Dadurch ergeben sich erst volkswirtschaftlich lehrreiche Einblicke in das große und hochinteressante Gebiet. Das ganze deutsche Binnenschiffahrtsnetz präsentiert sich uns, das westdeutsche Netz mit dem Rhein-, Donau-, Ems- und Wesergebiet und das von ihm getrennte ostdeutsche Netz mit dem Elbe-, Oder- und Weichselgebiet, die übrigens beide durch den Mittellandkanal nun zusammengeschlossen werden sollen. Aber auch das Rhein- und Donaugebiet werden erst, da der Ludwig-Donau-Mainkanal den modernen Verkehrsbedürfnissen nicht genügt, durch die in Bau befindliche Großschiffahrtsstraße Main-Donau und den freilich noch in weiter Ferne stehenden Anbau des Neckarkanals bis Ulm für die Großschiffahrt zusammengeschlossen.

All dies behandelt in ungemein interessanter Weise die Ausstellung. U. a. geben die bayerischen Objekte lehrreiche Überblicke über Binnenschiffahrt und Wasserkraftnutzung, wobei die bayerischen Elektrizitätsgroßkraftwerke und die neuen großzügigen Projekte an Ammer und Lech besondere Beachtung verdienen. Aber auch die norddeutsche Kanalanlagen und Stromregulierungen — besonders die am Mittel- und Niederrhein — werden dem badischen Besucher manche Anregung bringen. ***

Guillaumat Oberkommandierender der französischen Rheinarmee. Wie Havas meldet, ist General **Guillaumat**, der im letzten Kabinett Briand das Kriegsministerium inne hatte, wieder zum Oberkommandierenden der Rheinarmee ernannt worden.

Die Frage des Ehrenmals für die Kriegsgefallenen. Angesichts des Streites um das Ehrenmal für die Kriegsgefallenen hat, wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, der preußische Ministerpräsident an den Reichskanzler ein Schreiben gerichtet, in dem er auf den ursprünglichen Plan hinweist, die sogenannte **Schinkelwache in Berlin zu einem** Erinnerungsmal für die Gefallenen umzugestalten. Durch die Wiederaufnahme dieses Planes würde vermutlich der jetzt entstandene Streit verstummen. Sollte sich die Reichskanzlei nicht für Berlin entscheiden können, so wird gebeten, sich dann wenigstens für das **Rheinprojekt** zu entscheiden, da die Rheinlande durch die Leiden, die sie in den letzten Jahren für ganz Deutschland ertragen mußten, den Anspruch darauf hatten, in erster Linie berücksichtigt zu werden.

Mit der Beilage: 50. Amtlicher Bericht über die Verhandlungen des Badischen Landtags

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Das Kabinett Poincaré

Ein Ministerium der „nationalen Einheit"

Poincaré hat nun sein Ministerium konstituiert und noch am Freitag abend hat der Präsident der Republik **Doumergue** das Ernennungsdekret unterzeichnet. Poincaré hat in dem neuen Kabinett nicht weniger als sechs **ehemalige Ministerpräsidenten** vereinigt, außer ihm selbst die Abg. **Herriot, Painlevé, Briand, Barthou** und **Leygues.**

Parteipolitisch setzt sich das neue Kabinett zusammen aus 4 Radikalen und Radikal-Sozialisten: Perrier, Barthou, Herriot und Queuille, 2 Republikanisch-Sozialisten, Briand und Painlevé, je eines Vertreters der Republikanischen Linken: Bokanowski, der Linksrepublikaner: Leygues, der Radikalen Linken Fallières und der Republikanisch-Demokratischen Vereinigung Louis Marin. Die Mittelgruppe des Senats ist durch Poincaré und Barthou vertreten. Einen außergewöhnlich politischen Charakter erhält das neue Ministerium durch den Eintritt **Herriots,** der sich nach langem Zögern doch entschlossen hat, einzutreten. Außer Herriot gehören dem Kabinett 2 Mitglieder des linken Flügels der Radikal-Sozialistischen Partei, Perrier und Queuille, an, so daß dem Kabinett die Unterstützung der gesamten Fraktion, die mit ihren 140 Mitgliedern die stärkste der Kammer ist, als gesichert gelten kann. kann.

Der Regierung gehört somit außer **Poincaré,** der den Vorsitz und das Finanzministerium übernommen hat, dem Mann des **Kriegs-** und Ruhrkampfes, der frühere Antipode **Herriot** als Unterrichtsminister, der Führer des Kartells der Linken an und außerdem **Briand,** der Unterzeichner von Locarno, als Außenminister.

WTB. **Paris,** 24. Juli. (Tel.) Das **Burgfrieden-Kabinett** wird von der Morgenpresse zwar würdig und hoffnungsvoll, jedoch nicht mit dem Überschwang empfangen, den viele erwarteten. Im Gegenteil; einige Blätter drücken ihre **Enttäuschung** aus.

Kurze Nachrichten

Die Gehälter der Kontrollkommission. Wie eine Korrespondenz berichtet, sind die Gehälter der Interalliierten Kontrollkommission neu festgesetzt worden. Danach beträgt das Monatsgehalt eines Generals rund 2780 M., eines Obersten 2000 M., eines Oberstleutnants oder Majors 1680 M., eines Hauptmanns 1380 M., eines Leutnants 1000 M., eines Unteroffiziers 460 M. und eines Gefreiten oder Gemeinen Soldaten 360 M.

Die Radiogroßstation Herzogstand. Nach einer Blättermeldung aus München ist der Oberbau der Radiogroßstation des 1750 Meter hohen Herzogstandes, die mit einer Energie von 1000 Kilowatt arbeitet (Nauen arbeitet mit 400) und hauptsächlich dem Verkehr mit Ostasien dienen soll, jetzt von der Reichspost übernommen worden. Es ist beabsichtigt, die Einrichtung sobald wie möglich in Betrieb zu setzen.

Der Mitbegründer u. Ehrenvorsitzende des Deutschen Werkmeisterverbandes, Konrad Zander, Düsseldorf, schied am 21. Juli im hohen Alter von fast 88 Jahren aus dem Leben. Zander gründete Ostern 1884 den Deutschen Werkmeister-Verband in Gemeinschaft von 350 Werkmeister-Vertretern. Der Verband — Sitz Düsseldorf — zählt heute 1000 Ortsvereine mit über 140 000 Mitgliedern und 42 Landesgeschäftsstellen.

Das Verfahren gegen Dr. Stratil-Sauer. Bei der Verhandlung gegen den deutschen Forscher, Dr. Stratil-Sauer, unter der Anklage des Mordes an einem afghanischen Landesangehörigen spielten sich, wie über Indien gemeldet wird, dramatisch bewegte Szenen ab, als die Verwandten des Getöteten dem Angeklagten öffentlich verziehen. Nunmehr hat sich Dr. Stratil-Sauer nur noch wegen der Verstöße gegen die Staatsgesetze zu verantworten.

Die Finanzkommission des Völkerbundes hat ihre Sondersitzung in London beendet. Hauptgegenstand der Beratungen war der Plan betr. die Versorgung der bulgarischen Flüchtlinge. Die Kommission hat auch die Frage der öffentlichen Finanzen von Danzig geprüft und gewisse Vorschläge gemacht, die, wie man hofft, das Budget der Freistadt Danzig in Ordnung bringen werden.

Fremdenfeindliche Kundgebungen in Paris. Freitag abend ist es auf den Boulevards an den Abfahrtsstellen der Autocars, die nachts Rundfahrten in Paris mit Ausländern veranstalten, zu feindlichen Kundgebungen gekommen. Die Autocars wurden mit Rufen und Pfeifen empfangen. Der Ordnungsdienst mußte eingreifen, um die Menge zum Auseinandergehen zu veranlassen.

Verschärfung des Kulturkampfes in Mexiko. Nach einer Mitteilung aus der Stadt Mexiko hat Präsident Calles den Religionsunterricht verboten. Der Erzbischof von Mexiko und ein Bischof wurden verhaftet, da sie auf die mexikanischen Katholiken eingewirkt hätten, einen wirtschaftlichen Druck auszuüben, um die Regierung zu veranlassen, die neuen am 1. August in Kraft tretenden Kirchengesetze abzuändern. Möglicherweise müssen Truppen zur Durchführung der Gesetze verwendet werden.

Handel und Wirtschaft

Deutsch-französisch-belgische Stahlverhandlungen. In Düsseldorf fanden Verhandlungen der Vertreter der französischen und belgischen Industrie mit deutschen Industriellen über die Bildung einer **internationalen Rohstahlgemeinschaft** statt. Die französischen und belgischen Unterhändler hatten die Zustimmung ihrer Werke zu früher getroffenen Vereinbarungen eingeholt. Wie die „Voss. Ztg." berichtet, dürfte in den Verhandlungen die technische Durchführung der Vereinbarungen im Falle des Zustandekommens der Rohstahlgemeinschaft beraten worden sein. Die Beratungen sollen Mitte August fortgesetzt werden.

Starke Besserung der Frankenwährung. Nachdem am Freitag bereits in den Vormittagsstunden der französische und der belgische Franken Ansätze zu einer festeren Haltung gezeigt hatten, trat gegen 1 Uhr nach Meldungen aus London dort eine erhebliche Besserung ein. Für 1 Pfund Sterling wurden 208,50 französische und 205,50 belgische Franken bezahlt. Die entsprechenden Nachbörsenotierungen vom gestrigen Tage waren: 217,50 bzw. 212,50. — Auch am heutigen Samstag hielt die Besserung an. In London zahlte man um 11½ Uhr für ein Pfund Sterling 199 Frcs. gegen 205½ an der gestrigen Londoner Nachbörse. Der belgische Franken schließt sich dieser Bewegung an.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Im Laufe des gestrigen Tages heiterte es unter dem Einfluß des durchziehenden Teilhochs auf. Bei fast wolkenlosem Himmel sanken die Temperaturen, die nachmittags in der Rheinebene bis 24 Grad erreicht hatten, nachts infolge Ausstrahlung wieder beträchtlich (Rheinebene Minimum 12 Grad) bei stellenweiser Bildung von Bodennebel. Im Bereiche des nunmehr über den Ostalpen liegenden Teilhochs ist morgen bei uns noch zeitweise heiteres Wetter bei leichter örtlicher Gewitterbildung zu erwarten. **Voraussichtliche Witterung** für Sonntag: heiter, warm bei schwacher Luftbewegung, keine wesentlichen Niederschläge, Neigung zu örtlicher Gewitterbildung.

Badischer Teil

Badischer Landtag

DS. **Karlsruhe,** den 23. Juli.

In der am Nachmittag fortgesetzten

Justizdebatte

befaßte sich der Redner der Demokraten, Abg. **Wolfhard,** mit der **Vorbildung der Juristen.** Die jungen Herren müßten rasch in die Zivil- und freiwillige Gerichtsbarkeit eingeführt werden. Jetzt würden sie zu lange mit strafrechtlichen Dingen aufgehalten. Die Emmingersche Prozeßreform habe sich bewährt. Die Aufwertungssachen sollten in längstens ¾ Jahren bei den Amtsgerichten erledigt sein. Erwünscht wäre die frühere Besetzung der Senate beim Oberlandesgericht mit 5 Richtern. Der Redner bespricht die Vorzüge des heutigen Schwurgerichtsverfahrens und Strafvollzugs, ferner eine Reihe gesetzgeberischer Fragen, die mit dem Rechtsleben zusammenhängen. Die obersten Richter des Landes sollten über die Gruppe XII hinaus bezahlt werden. Die mittleren Justizbeamten hätten sich in ihrem neuen Aufgabenkreis ausgezeichnet bewährt. Die **Begnadigungsverordnung** hat nach Meinung der Mehrzahl der Richter gut gewirkt. Der Richter werde die ihm zustehenden Gnadenmaßnahmen in gebührender Weise anzuwenden wissen. Die Belastung der Justiz übersteige die Kraft des tüchtigsten Beamten. Die badischen Richter stammten aus allen Bevölkerungsschichten und es sei falsch, zu behaupten, daß sie den Zusammenhang mit dem Volke verloren hätten. Ohne die **Unabsetzbarkeit der Richter** würde man in der Revolution die schwersten Erschütterungen erlebt haben. Der Richter müsse im Vorraum des Gerichtssaales den Parteimenschen ausziehen. Die Presse möchte sich nicht anstecken lassen von der sensationell aufgemachten Berichterstattung der Großstadtpresse. Die Urteilsschelte sei ein gutes germanisches Recht, dürfe aber nicht ausarten.

Abg. **Ritter** (Komm.) führt aus, man sollte sich die Frage vorlegen, warum so viele Arbeiter in die Gefängnisse und Zuchthäuser kämen. Damit stoße man auf den Kern des Problems, der in den **sozialen Verhältnissen** liegt. Für diese aber seien Staat und Gesellschaft verantwortlich. Der Vorwurf der Klassenjustiz sei vollauf berechtigt. Der Redner fordert die Wählbarkeit der Richter; er äußert seine Unzufriedenheit mit der Gefangenenbehandlung und stellt eine große Zahl von Anträgen zum Justizetat, den er übrigens ablehnt.

Staatsminister und Justizminister Trunk:

Wenn mir der Abg. Ritter das Vertrauen ausgesprochen hätte, so müßte ich eine ernste Gewissenserforschung anstellen; denn ich befände mich auf falschem Wege (Sehr gut! bei der Mehrheit). Wären wir politisch, so würden wir genau so verfahren wie **die Kommunisten in Rußland** (Zwischenrufe der Kommunisten). Mit dem Abg. Ritter werde ich mich nicht streiten. So ideal wie er die Verhältnisse in Rußland schilderte, sind sie nicht. In Baden habe man längst lesen und schreiben gelernt. Denken wir an das Elend der Kinder und die Kinderverbrechen in Rußland. Ich quittiere dankend, daß **unsere Justiz das Rückgrat des Staates** geblieben ist. Die festgefügte Ordnung ist auch der Arbeiterschaft zugutegekommen. In der Verfassung steht nichts davon, daß die Kommunisten in unseren Strafanstalten ein Kontroll- und Aufsichtsrecht hätten. Ich werde politische, zumal **kommunistische Agitation in den Gefängnissen** verhindern. Wer kann mir zumuten, daß ich ein Organ wie die „Arbeiterzeitung" zur Lektüre der Gefangenen zulasse? Auf die kommunistischen Anträge im einzelnen einzugehen, will ich verzichten. Sie gehen doch darauf hinaus, unseren **Strafvollzug zu sabotieren.** Unsere Strafanstalten sollen Strafanstalten bleiben und **keine Erholungsstätten** sein. Die Strafvollzugsvorschriften sind durchaus human gehalten.

Der Minister dankte für die der Justizverwaltung gezollte Anerkennung. Sie kenne nur ein Ziel: das **der Gesetzestreue und Gerechtigkeit** in der Rechtspflege. Wir wollen die Justiz als Fundament des Staates erhalten und fördern. Der Minister geht dann auf Spezialfragen ein, so auf die **juristische Ausbildung,** die im ganzen Reiche eine einheitliche Regelung erfahren soll. Besonderes Augenmerk werde man auf die Ausgestaltung des Arbeits- und Wirtschaftsrechts, auf die Kriminalpsychologie und Kriminalistik richten. Bayern hat das Vorexamen wieder abgeschafft, scheint also keine guten Erfahrungen damit gemacht zu haben. Wichtiger scheint die **Vorpraxis** zu sein. Von dem zweiten Examen wolle er, der Minister, nicht abgehen. Die Beschäftigung von **Referendaren** bezieht sich auf solche, die eine 15monatige Vorbereitungszeit hinter sich haben und durchschnittlich 25 Jahre alt sind. So wie jetzt sollten sie allerdings nicht in Anspruch genommen werden. Es ist zu hoffen, daß darin in absehbarer Zeit eine Änderung eintritt. Wir hätten gern, z. B. bei der Fürsorge, weit größere Anforderungen gestellt, wenn wir nicht hätten Rücksicht nehmen müssen auf die gespannte Finanzlage. Die Aufnahme einer größeren Zahl von Assessoren würde Schwierigkeiten begegnen.

Der Minister gibt schließlich Auskunft über den **Geschäftsumfang** der Justizorgane, wie er durch die Verschiebung der Zuständigkeiten hervorgerufen wurde. Die Staatsanwaltschaften verzeichneten 1925 rund 77 000 Anzeigen, das sind etwa 49 600 oder 182 % mehr als 1913. Die Zahl der Privatklagen ist um 26 % zurückgegangen. Eine Auswirkung der Emmingerschen Prozeßreform ist wohl auch das Steigen der Ziffer der erlassenen Strafbefehle um 584 % und die Zahl der Vergleiche bei den Landgerichten um 405 %. Von 19 490 **Verfahren bei den Aufwertungsstellen** sind heute bereits 50 % erledigt und es ist anzunehmen, daß die Tätigkeit dieser Stellen bis zum 1. April 1927 zu Ende gehen kann. Das Amt des **Einzelrichters,** das ein hohes Maß von Gewandtheit und Selbständigkeit verlangt, hat sich bewährt. Die Gerichte möchten darauf bedacht sein, daß nicht zu viel Zeugen auf einmal geladen werden. Weiter äußert sich der Minister über die **Begnadigungspraxis.** Auf die Zeitverhältnisse und sonstigen Umstände werde dabei nach Möglichkeit Rücksicht genommen. Von Reichs wegen steht eine **Novelle über die Untersuchungshaft** in Aussicht. Ein unangemessener Gebrauch wird nach der Überzeugung des Ministers von der Haft nicht gemacht. In der **Fürsorgeerziehung** werde man vorbeugend wirken. Der Minister verweist dann auf die Gefährlichkeit und Unannehmlichkeit des Dienstes als Aufsichtsbeamter und gibt zum Schlusse die Berechtigung der verschiedentlich geäußerten **Gehaltswünsche** zu, unter warmer Anerkennung der fleißigen pflichtgetreuen Arbeit der Justizbeamtenschaft von oben bis unten (Beifall).

Der **Präsident** teilt mit, daß noch zwei Redner zur Generaldebatte und sechs zur Einzelberatung gemeldet seien, so daß seine ursprüngliche Absicht, den Justizetat heute zu erledigen, illusorisch werde.

Weiterberatung Montag nachmittag ¼4 Uhr. Schluß ½8 Uhr.

*

Eingänge

Dem Landtag sind folgende Gesuche zugegangen: des Landesverbandes der badischen Hotel-Industrie und verwandter Betriebe betr. Besteuerung von Hotelunternehmungen,

der Handelskammer Mannheim betr. Mannheimer Rheinbrücke,

des Reichsverbandes der deutschen Klein- und Obstbrenner betr. Spiritusmonopolgesetz,

des Vereins württembergischer und badischer Branntweinbrenner zu selben Materie.

des Badischen Beamtenbundes betr. Vollzug des Staatshaushalts.

Dem Landtag ist neuerdings ein Gesuch des Oberbürgermeisters von Mannheim um Gewährung eines Staatszuschusses an das dortige Nationaltheater zugegangen.

*

Der Ausschuß für Rechtspflege und Verwaltung

beschäftigte sich am Donnerstag mit Gesetzentwürfen zur **Änderung** der badischen **Gemeindeordnung** und des **Landtagswahlgesetzes.** Es ist folgende Neufassung des § 13 der badischen GO vorgesehen:

1. **Ausgeschlossen vom Wahlrecht** ist: a) wer entmündigt ist oder unter vorläufiger Vormundschaft oder wegen geistigen Gebrechens unter Pflegschaft steht; b) wer rechtskräftig durch Richterspruch die bürgerlichen Ehrenrechte verloren hat.

2. Die Ausübung des Wahlrechts ruht für die **Soldaten** während der Dauer der Zugehörigkeit zur Wehrmacht.

3. Behindert in der Ausübung ihres Wahlrechtes sind Personen, die wegen Geisteskrankheit oder Geistesschwäche in einer Heil- oder Pflegeanstalt untergebracht sind, ferner Straf- und Untersuchungsgefangene, sowie Personen, die infolge gerichtlicher oder polizeilicher Anordnung in Verwahrung gehalten werden. Ausgenommen sind Personen, die sich aus politischen Gründen in Schutzhaft befinden".

Dieser Fassung wurde **zugestimmt.** Eine entsprechende Änderung des Landtagswahlgesetzes wurde ebenfalls beschlossen.

Die **Arbeitsgemeinschaft der Auslandsdeutschen,** Kolonialdeutschen und Flüchtlingen in Baden erstrebt eine Nachprüfung der **Entschädigungsverfahren.** Nach Erkundigung der badischen Regierung sind eine Reihe von Wünschen durch das Reichsentschädigungsamt erfüllt worden. Neuerdings wurden für die Liquidationsgeschädigten erneut 100 Millionen Mark zur Verfügung gestellt. Die Not des Reiches verbiete, alle Wünsche zu erfüllen. Schließlich wurde ein Antrag des Berichterstatters Abg. Dr. Schmitthenner, auf empfehlende Überweisung angenommen.

Der württembergische Frontkämpferbund verlangt, daß das **Reichsehrenmal an den Rhein kommen** solle. Der Berichterstatter, Abg. **Scheel** ist für Überweisung der Petition zur Kenntnisnahme. Der Antrag wird angenommen.

Thermalquelle Krozingen

Die ersten Julitage haben für die Gemeinde Krozingen und für die übrigen Interessenten großen Erfolg und Freude gebracht. Nach langer, überaus mühevoller Arbeit hat man den alten Hauptaustritt der Quelle wieder erreicht. Die Wassermenge, die bis auf 6 Sekundenliter heruntergegangen war, ist nach Erreichung der Tiefe von 560 m unter Terrain rasch auf etwa 20 Sekundenliter gewachsen und hat beim Weiterbohren bis 570 m noch etwas zugenommen. Mit der Vergrößerung der Menge ist auch die Temperatur des Wassers leicht angestiegen von 39,5° C auf 40,2° C.

Bis 396 m ist das Bohrloch sicher verrohrt. Der Rohrfuß sitzt bei dieser Teufe im festen Jurakalk, dem Gryphitenkalk. Von da an bis zur jetzigen Endteufe wird das Bohrloch in kürzester Zeit durch solide kupferne Rohre verschalt sein. Die Verschalung in Kupfer wird für die ganze Bohrlochtiefe ausgeführt werden, so daß Angriffe des Wassers auf die Verrohrung ausgeschlossen sind. Diese bestand seither aus Eisenrohren, und nur die obersten 80 m aus Kupfer. In der neuen Kupferverrohrung wird ein Teil **der Sicherung für den Bestand** der Thermalquelle bestehen. Die Neubohrung, die von 330 m an als Rotationsbohrung mit Volomitkrone durchgeführt worden ist bis zur Endteufe, hat klare Einsicht geschaffen in die durchbohrten Gesteinschichten jener Tiefen. Die Grenze von Jura gegen den mittleren Keuper liegt bei 402. Von 421 m bis 424 m ist der Hauptsteinmergel im Keuper durchfahren worden. Dabei wurde der erste, obere Thermalhorizont, der bei 424 m liegt, erneut erschrotet. Er machte sich durch sehr vermehrten Austritt von Kohlensäure bemerkbar. Der Schilfsandstein wurde von 430 m bis 440 m durchsunken. Der Lettenkohlensandstein reicht von 551,5 m bis 554 m. Die dolomitische Region des oberen Muschelkalkes mit Hornsteinlagen hat der Bohrung mit der Volomitkrone erhebliche Schwierigkeiten bereitet. Der tägliche Fortschritt betrug oft nur noch einige Dezimeter. Von 559,3 m ab brach das Thermalwasser dann aber rasch und in steigender Menge bei.

Die geologische Sicherung für die Zukunft besteht nun darin, daß jetzt klar zu erkennen ist, wie die Thermalwasserhorizonte mit geologischen Etagen zusammenfallen, die gebankt und klüftig und damit wasserdurchlässig und also auch wasserführend sind. Diese beiden Etagen, der **Hauptsteinmergel** für das **obere Niveau** und der **oberen Muschelkalk** für das **untere Hauptniveau** des Thermalwasserzutritts, besitzen in den angegebenen Tiefen weite, flächenartige Ausdehnung. Es sind **Grundwasserkörper.** Diese können immer wieder mit Sicherheit angebohrt werden, wenn je in der Zukunft Naturereignisse dem heutigen Bohrloch Schaden zufügen sollten. Ob dabei besondere Klüfte oder Spalten die Zufuhr und die Strömung im Grundwasserkörper begünstigen, erscheint jetzt als weniger wichtig, wie vor der Neubohrung, wo man der Meinung war, daß eine große Gesteinsspalte, die man bei der ersten Bohrung 1911 angetroffen hat, der Bringer des Thermalwassers im unteren Horizont sei. Die Überwachung der Thermalquelle, die in geregelter Messung der Schüttung und Temperatur besteht nach erfolgtem Einbau der kupfernen Verrohrung, wird weiteren Anhalt geben für die Bewertung der Quelle, der man eine glänzende Zukunft und ein hohes Alter von Herzen wünscht.

Über die Herkunft des Wassers sind auch heute nur Vermutungen möglich. Muschelkalk und Keuper kommen am Schwarzwaldrande bei Sulzburg und Staufen von der Tiefe herauf an die Oberfläche. Versinkende Bergwasser würden auf dem umgekehrten Wege von dort bis zum Bohrloch recht wohl Temperatur und Gehalt der Thermalwasser an Salzen und Gasen erlangen. Groß angelegte Versuche würden eine Entscheidung bringen können, ob die Wasser jene Wege wirklich einschlagen. Viel wichtiger als die Klärung dieser Frage ist aber die Überwachung und Messung der Quelle.

Zufällig erbohrte Thermen haben ihre eigenen Schicksale. Eine recht kritische Zeit ihres Lebens hat die Krozinger Quelle hinter sich. Ihre Konstitution hat sich als gesund erwiesen. Die allgemeine Freude über ihre Wiederherstellung ist berechtigt. Die unerschütterliche Zuversicht der Gemeinde und der Quellgesellschaft an das Gelingen der Arbeit hat den Sieg davongetragen. Die Bohrarbeiten sind von der Badischen Geologischen Landesanstalt auf Antrag des Badischen Bezirksamts Staufen kontrolliert und wissenschaftlich beraten worden. Die Firma Brechtel in Ludwigshafen hat die Arbeiten durchgeführt.

Schnarrenberger.

(Nachdruck gestattet.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Die Aufwertung von gemeindlichen Anleihen und Spargutbaben in Baden

Durch die in den letzten Wochen im Gesetz- und Verordnungsblatt veröffentlichten Durchführungsverordnungen zur Ablösung der Markanleihen der badischen Gemeinden und Gemeindeverbände vom 6. Juli 1926 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 98) und zur Aufwertung von Sparguthaben bei öffentlichen Sparkassen vom 2. Juni 1926 (Gesetz- u. Verordnungsblatt Seite 80) sind die Vorbereitungen auch auf diesen Gebieten der Aufwertung im wesentlichen abgeschlossen. Die Schuldner werden nunmehr an die **Durchführung der Aufwertung und Ablösung** herantreten können.

Die Gläubiger aus Markanleihen der Gemeinden und Gemeindeverbände müssen dabei beachten, daß sie ihre Ansprüche als Altbesitzer **binnen einer dreimonatigen, am 1. August 1926 beginnenden und am 1. November 1926 endenden Ausschlußfrist** durch Anmeldung ihrer Markanleihen zum Umtausch und durch die Stellung eines Antrags auf Gewährung von Auslosungsrechten geltend zu machen haben. Der **Begriff des Altbesitzes** ist hier der gleiche wie bei der Ablösung der Markanleihen des Reichs und in der Hauptsache dort gegeben, wo ein Gläubiger die Markanleihen, auf Grund deren er seine Ansprüche erhebt, bereits vor dem 1. Juli 1920 erworben und seither ununterbrochen im Besitz gehabt hat. Ebenso sind auch die **Rechte**, die **aus** diesem Altbesitz erwachsen, im wesentlichen die gleichen wie bei den Markanleihen des Reichs: Die Höhe von 2½ v. H. des Goldwerts der Markanleihen ausgegebenen Ablösungsanleihen werden bei Altbesitzern regelmäßig innerhalb 30 Jahren mit dem fünffachen Nennwert eingelöst und bei der Einlösung für die Zeit vom 1. Januar 1926 ab mit 5 Proz. verzinst. Ein Recht auf Vorzugsrenten besteht dagegen hier nicht. Der Neubesitz begründet auch hier vorerst weder ein Recht auf Tilgung noch auf Verzinsung. Die Bestimmung einer Frist für seine Anmeldung bleibt späterer Regelung vorbehalten.

Anmeldung und Antrag bezüglich solcher Markanleihen, die in **Inhaberschuldverschreibungen** verbrieft sind, haben auch hier regelmäßig durch eine Vermittlungsstelle zu erfolgen, als welche Banken, Sparkassen und Kreditgenossenschafen nach freier Wahl der Gläubiger in gleicher Weise wie für die Ablösung der Reichsanleihen bestimmt sind. Die Anmeldung und der Antrag können nur auf **Vordrucken** erfolgen, die vom Deutschen Sparkassen- und Giroverband ausgegeben werden und bei den Vermittlungsstellen erhältlich sind. Ausnahmsweise kann die Anmeldung und der Antrag auch unmittelbar bei der Kasse des Schuldners angebracht werden. Bezüglich solcher Markanleihen, die in Namensschuldurkunden oder Schuldscheinen verbrieft sind sowie bezüglich solcher Ansprüche, die auf Grund eines Vorbehalts bei der Annahme getilgter Markanleihen geltend gemacht werden, ist die Anmeldung und der Antrag auf Gewährung von Auslosungsrechten unmittelbar an die Verwaltung des Schuldners (Stadtrat, Gemeinderat usw.) zu richten.

Über die Anmeldungen u. Anträge gibt zunächst der in Anspruch genommene Schuldner einen **Vorentscheid** ab. Soweit durch diesen Vorentscheid der Anmeldung oder dem Antrag nicht entsprochen wird, steht dem Anmeldenden oder dem Antragsteller das Recht zu, binnen 2 Wochen nach Zustellung durch schriftlichen, beim Anleiheschuldner einzureichenden Antrag die **Entscheidung einer Spruchstelle** zu verlangen, als welche in Baden der zuständige **Landeskommissär** bestimmt ist. Gegen dessen Entscheidung wiederum ist binnen der gleichen Frist die Beschwerde an einen Beschwerdeausschuß gegeben, in den auch Vertreter der Gläubiger und Schuldner zur Mitwirkung berufen sind. Soweit der Schuldner den Anmeldungen und Anträgen entsprechen will, oder soweit seine Verpflichtung hierzu durch die genannten Spruch- und Beschwerdebehörden festgestellt wird, hat die Ausreichung der Stücke der Ablösungsanleihe und der Auslosungsscheine auf dem gleichen Wege zu erfolgen, auf dem Anmeldung und Antrag geschehen.

Von besonderen Ausnahmefällen abgesehen, ist das Verfahren für den Gläubiger frei von Gebühren und Auslagen.

Die Vermittlungsstellen, denen nähere Weisungen mit den erforderlichen Vordrucken durch den Deutschen Sparkassen- und Giroverband zugehen, sind in der Lage, u. bereit weitere Auskunft zu erteilen. Im übrigen sind die Verordnungen der Länder über die Ablösung der Länder- und Gemeindeanleihen in der einzeln käuflichen Nummer 158 vom 10. Juli 1926 des Deutschen Reichs- und preußischen Staatsanzeigers enthalten. Mit Ausnahmen derjenigen über die Anleihen in Württemberg und Sachsen und die Landesanleihen Preußens, die in Nr. 161 vom 14. Juli 1926 der gleichen Zeitung zu finden sind.

Für die **Aufwertung der Sparguthaben** gegenüber den öffentlichen, d. h. den mit Gemeindebürgschaft versehenen Sparkassen bedarf es regelmäßig einer Anmeldung nicht. Nur dort, wo der Gläubiger Ansprüche geltend machen will, die sich nicht ohne weiteres aus den Büchern der Sparkasse ergeben, also etwa wo er einen Vorbehalt bei Annahme einer früheren Zahlung behauptet oder Ansprüche darauf gründet, daß sein Guthaben der aufwertungspflichtigen Sparkasse von einer anderen Sparkasse überwiesen worden ist, müssen diese erweiterten Ansprüche durch Anmeldung bei der Sparkasse geltend gemacht werden. Die Anmeldungsfrist hierfür hat mit dem 3. Juni 1926 zu laufen begonnen und läuft am 1. Oktober 1926 ab.

Der **Aufwertungssatz für Guthaben bei öffentlichen Sparkassen** beträgt regelmäßig 12½ v. H. des Goldwerts des Guthabens, erhöht sich jedoch, wenn eine der für die Sparkassen bürgenden Gemeinden ihren eigenen Gläubigern höher als 12½ v. H. aufwertet auf den gleichen Satz. Einzahlungen und Auszahlungen, die nach dem 14. Juni 1922 geschehen sind, bleiben grundsätzlich unberücksichtigt, jedoch wird der Goldwert der nach dem genannten Tage geschehenen Auszahlungen von dem Aufwertungsbetrag abgezogen. Die aufgewerteten Guthaben sind für die Gläubiger bis zum 1. Januar 1932 unkündbar, werden jedoch vom 1. Januar 1927 bis 1. Januar 1932 mit 3 v. H. vom 1. Januar 1932 ab mit dem für Spareinlagen bei der gleichen Sparkasse üblichen Zinssatz verzinst. Vom 1. Januar 1932 an kann die Hälfte, vom 1. Januar 1940 an der Rest des Guthabens nach Maßgabe der Satzungsbestimmungen der Sparkasse gekündigt werden. Bedürftigen Personen, insbesondere solchen über 60 Jahren soll auf Antrag der Aufwertungsbetrag bereits innerhalb eines Jahres, von dem Beginn des Kalendervierteljahres gerechnet, das auf die Antragstellung folgt, ausbezahlt werden. Streitigkeiten, die zwischen dem Gläubiger und der Sparkasse über die Aufwertung entstehen, entscheiden die ordentlichen Gerichte.

Sportliche Wettkämpfe am Verfassungstage

Der Reichsminister des Innern hat angeregt, auch in diesem Jahre zur Feier des Verfassungstages am 11. August d. J. turnerische und sportliche Wettkämpfe zu veranstalten. Für besondere Leistungen bei größeren Wettkämpfen wird der Reichspräsident eine auf die Veranstaltung des Tages hinweisende Plakette verleihen. Anträge auf Verleihung der Plakette sind mit einem kurzen Bericht über die Veranstaltung dem Unterrichtsministerium sobald als möglich vorzulegen.

Der Bestand an Kraftfahrzeugen in Baden im Jahre 1926

Wie bisher alljährlich hat auch am 1. d. Mts. im Deutschen Reich eine Bestandsaufnahme der Kraftfahrzeuge stattgefunden. Nach Feststellungen des Bad. Statistischen Landesamts wurden im Lande Baden ohne Einrechnung der Kraftfahrzeuge der Wehrmacht und Reichspost, die vom Statistischen Reichsamt unmittelbar erfaßt wurden, 22 980 Kraftfahrzeuge ermittelt, wovon allein 11 276 oder 49 Proz. auf Krafträder entfallen. Diese zerfielen in 10 451 **Großkrafträder** und in 825 (d. s. 8 Proz.) Kleinkrafträder; letztere wurden bei der diesjährigen Bestandsaufnahme erstmals statistisch erfaßt. Von den ermittelten 11 349 **Kraftwagen** dienten 7836 oder 69 Proz. vorzugsweise zur Personenbeförderung und 3513 oder 31 Proz. zur Lastenbeförderung. Unter den 7836 Personenkraftwagen sind 81 Kraftomnibusse enthalten, die vorwiegend im öffentlichen Fuhrverkehr Verwendung finden. Ferner dienten 48 Kraftwagen für Feuerlöschzwecke und 22 den Zwecken der Straßenreinigung; außerdem wurden noch 285 Zugmaschinen ohne Güterladeraum gezählt. Von den 3513 Lastkraftwagen haben 2531 ein Eigengewicht von mehr als 2000 Kilogramm; davon finden vorwiegend Verwendung im Transportgewerbe 322, im Brauereigewerbe 292, im Baugewerbe 287, für Zwecke öffentlicher Behörden 146, in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben 101, im Müllereigewerbe 57 und für andere Zwecke 1326.

Ein Vergleich mit dem Vorjahr ergibt eine weitere Zunahme der Kraftfahrzeuge; diese beträgt bei den Großkrafträdern 3485 (d. s. rund 50 Proz.) gegenüber einer Zunahme von 6384 (d. s. 157 Proz.) am 1. Juli 1924. Die Gesamtzahl der vorzugsweise zur Personenbeförderung dienenden Kraftwagen hat gegenüber dem Vorjahr um 1310 (d. s. 20 Proz.) zugenommen; seit dem Jahr 1924 hat die Vermehrung 3634 (d. s. 86,5 Proz.) betragen. Die Zunahme der zur Lastenbeförderung dienenden Kraftwagen betrug 486 (d. s. 16 Proz.) bezw. 1381 (d. s. 65 Proz.) seit dem 1. Juli 1924.

Neue Kraftpostverbindungen im nördlichen Schwarzwald

Die Deutsche Reichspost hat neuerdings regelmäßig verkehrende Kraftposten eingerichtet auf den Strecken Achern—Erlenbad—Breitenbrunnen—Unterstmatt sowie Bühl—Neusatzeck—Unterstmatt—Breitenbrunnen. Die Kraftposten verkehren:

ab **Achern** täglich 8,25 V., außerdem Sonntags 12,00 N. und Samstags 2,20 N.
an **Breitenbrunnen** täglich 9,45 V., außerdem Sonntags 1,40 N. und Samstags 3,40 N.
an **Unterstmatt** täglich 9,55 V., außerdem Sonntags 1,50 N. u. Samstags 3,50 N.
ab **Unterstmatt** werktags 5,25 N., außerdem Samstags 10,00 V. und Sonntags 6,00 N.
ab **Breitenbrunnen** werkt. 5,35 N., außerdem Samstags 10,10 V. und Sonntags 6,10 N.
an **Achern** werktags 6,40 N., außerdem Samstags 11,15 V. u. Sonntags 7,15 N;

ab **Bühl** täglich 11,10 V., außerdem Sonntags 8,40 V. und Samstags 4,15 N.
an **Unterstmatt** täglich 12,50 N., außerdem Sonntags 10,10 V. und Samstags 5,50 N.
an **Breitenbrunnen** täglich 1,00 N., außerdem Sonntags 10,20 V. und Samstags 6,00 N.
ab **Breitenbrunnen** täglich 5,20 N., außerdem Sonntags 9,20 V. und 6,00 N.
ab **Unterstmatt** täglich 5,30 N., außerdem Sonntags 9,30 V. und 6,10 N.
an **Bühl** täglich 6,55 N., außerdem Sonntags 10,50 V. und 7.35 N.

In Breitenbrunnen besteht Anschlußfahrgelegenheit nach und von dem Mummelsee.

Dadurch ist einer der schönsten Teile des badischen Schwarzwaldes, das Hornisgrindegebiet, dem Verkehr erschlossen worden.

Vom badischen Landesturnfest

Für das vom 6. bis 9. August in **Offenburg** stattfindende 14. Kreisturnen des Kreises X (Baden), das zum ersten Male unter dem Namen „Landesturnfest" abgehalten wird, haben bereits 200 Vereinsriegen mit rund 6000 Turnern ihre Teilnahme zugesagt. Die Turnarbeit beginnt am Samstag früh mit den Mehrkämpfen am Gerät und im Volksturnen, der Samstag nachmittag ist den Kreismeisterschaftsspielen gewidmet. Am Spätnachmittag des gleichen Tages soll auf dem Marktplatz eine öffentliche Weihestunde stattfinden. Für den Sonntag vormittag ist das Vereinswetturnen angesetzt. Ein Festzug wird nachmittags durch die Stadt ziehen, in ihm werden Gaugruppenbilder, Trachtengruppen und sonstige Sinnbilder zu sehen sein. Die Offenburger Schulkinder werden auf dem Festplatze Massenübungen vorführen. Den Höhepunkt des Landesturnfestes bilden die unter Leitung des Kreisturnwarts **Ottstadt**-Offenburg stehenden Massenfreiübungen sämtlicher Einzel- und Vereinswett-Turner des Kreises, denen sich die Siegerverkündigung und Siegerehrung anschließt.

Die Max Viktor von Scheffel-Stiftung

Der Minister des Kultus und Unterrichts hat das diesjährige Stipendium aus der zur Förderung begabter badischer Musiker bestimmten Max Viktor von Scheffel Stiftung im Betrage von 500 RM. auf einstimmigen Vorschlag des Stiftungskuratoriums dem Studierenden am badischen Konservatorium für Musik in Karlsruhe Fritz **Kölble** verliehen.

Gemeinde-Rundschau

Bürgermeisterwahlen. Die zur Vorbereitung der Wahl des zweiten Bürgermeisters in **Villingen** eingesetzte Kommission beschloß, zur Wahl den Syndikus Adolf **Gremmelsbacher**, Freiburg, vorzuschlagen. Die Wahl wird im Laufe der nächsten Woche stattfinden. — Für die ausgeschriebene Bürgermeisterstelle in **Hornberg** haben sich 58 Bewerber gemeldet.

Nach dem Voranschlag der Stadt Bruchsal werden die Umlagen für 1925/26 endgültig auf 60 Pf. für Grundvermögen und 90 Pf. für Betriebsvermögen festgesetzt, dagegen für 1926/27 auf 78 bezw. 117 Pf. erhöht. Diese starke Steigerung beruht auf dem Mindererertrag aus Reichsüberweisungen und dem Rückgang an Steuerkapitalien der Stadt.

Der Bürgerausschuß Pforzheim genehmigte die Vorlage betr. Änderung der Vergnügungssteuern (in der Hauptsache Film-Vorführungen, Rundfunkempfangsanlagen, Konzerte) gemäß den einschlägigen neuen Bestimmungen des Reichsrates. Bei den Lichtspieltheatern rechnet man hier dadurch mit einem Steuerausfall von etwa 50 000 M. jährlich. Die im vorigen Jahre bewilligte 20 000 Volt-Leitung vom Murgwerk Scheibenhardt nach dem Städtischen Elektrizitätswerk soll aus wirtschaftlichen Gründen in eine 100 000 Voltleitung umgewandelt werden.

Der Bürgerausschuß Lörrach nahm den städt. Voranschlag für das Rechnungsjahr 1926 ohne wesentliche Änderungen mit Mehrheit an. Darnach werden Umlagesätze von 65 und 85 Pf. erhoben.

Aus der Landeshauptstadt

Beisetzung des Generalmusikdirektors Wagner. Der verstorbene Generalmusikdirektor des Badischen Landestheaters, Ferdinand **Wagner**, wurde Freitag nachmittag in seiner Heimatstadt **München** im Waldfriedhof zur letzten Ruhe bestattet. Kultusminister **Remmele** hielt eine tiefergreifende Ansprache, in der er den Verstorbenen als Künstler und Menschen würdigte. Namens des Verwaltungsrates des Badischen Landestheaters legte Minister Remmele einen Kranz am Grabe nieder. Für die Solisten der Oper des Badischen Landestheaters sprach Kammersänger **Rentwig**. Auch das Landestheaterorchester gedachte des Verstorbenen durch Nachruf und Kranz. Die Generalintendanz der Vereinigten Stadttheater von Nürnberg-Fürth gedachte des Verstorbenen durch eine Ansprache. Es wurden außerdem noch eine große Anzahl von Kränzen am Grabe niedergelegt.

Neue Wohnhausbauten. In den Weiheräckern, südwestlich des Hauptbahnhofes sind im Laufe der letzten Jahre bereits eine hübsche Anzahl von Wohnhäusern errichtet worden. Die schon ausgeführten beiden ersten Bauprogramme der Gemeinnützigen Siedlungsgenossenschaft vertriebener Elsaß-Lothringer an der Main- und Neckarstraße bilden den Mittelpunkt dieses Gebietes, das nach und nach die Formen eines in ständigem Wachsen begriffenen Vorortes annimmt. Nunmehr soll ein weiteres Bauprogramm dieser Siedlungsgenossenschaft zur Ausführung gelangen, indem auch an den Süd- und Nordfronten dieses Baublocks (Dreisam- und Enzstraße) die noch vorhandene Lücke geschlossen werden soll durch die Errichtung von sechs weiteren Wohnhäusern der Genossenschaft mit 26 Wohnungen (6 Vierzimmerwohnungen und 20 Dreizimmerwohnungen). Damit rückt der Zeitpunkt merklich näher heran, wo für diesen sich heranbildenden Vorort auch die entsprechenden Verkehrsgelegenheiten (direkte Straßen, Elektrische, usw. ins Auge gefaßt werden dürften. Vorarbeiten nach dieser Richtung sind bereits in Angriff genommen durch den Beschluß der Stadt, die elektrische Bahnlinie in Richtung Beiertheim—Bulach durchzuführen und die Straßenanschüttung zur Planierung in diesem Gebiet planmäßig als Notstandsarbeiten) ausführen zu lassen.

Stillegung der Lokomotivabteilung des E.A.W. Karlsruhe. In einer Versammlung nahm der Einheitsverband dieser Tage eingehend Stellung zu der verfügten Schließung der Lokomotivabteilung des Eisenbahnausbesserungswerkes. Der anwesende Landtagsabgeordnete **Weißmann** gab bekannt, daß seine Fraktion (Soz.) im Landtag ihren ganzen Einfluß geltend machen werde, sofern die Möglichkeit geboten wird, zu der in Frage stehenden Angelegenheit in öffentlicher Sitzung Stellung zu nehmen und das Gehörte zu verwerten. In einer einstimmig gefaßten Entschließung wird die wirtschaftliche Notwendigkeit der angeordneten Maßnahme bestritten. Die Versammlung bittet die badische Staatsregierung, daß sie im Interesse des badischen Landes ihren ganzen Einfluß auf die maßgebenden Reichsbahnstellen ausübt, um zu verhindern, daß die jetzt schon wesentlich unter dem Friedensstand liegende Beschäftigungsziffer der badischen Eisenbahnwerkstätten noch weiter herabgedrückt wird. Die Regierung wird insbesondere ersucht, dahin vorstellig zu werden, daß die im Lande anfallenden Fahrzeugausbesserungen von den eigenen Landeskindern ausgeführt werden.

Kurze Nachrichten aus Baden

DZ. **Heidelberg**, 17. Juli. Die **Wahlen für den Allgemeinen Studentenausschuß** hatten eine geringe Verschiebung zugunsten der linksstehenden Gruppen zur Folge. Die Wahlbeteiligung betrug 70 Proz.

DZ. **Durlach**, 21. Juli. Stadtbaumeister Eugen **Schweizer** konnte dieser Tage auf eine **25jähr. Tätigkeit** im Dienste der Stadt zurückblicken.

DZ. **Ettlingen**, 24. Juli. Das hiesige **Lehrerseminar**, welches seit 90 Jahren besteht und wesentlich dazu beigetragen hat, unsere Stadt im ganzen Lande bekannt zu machen, schließt kommende Woche sein Pforten für immer. Die von ihm innegehabten Gebäulichkeiten werden künftig eine Aufbaurealschule beherbergen. Die Lehrer, welche 25 Jahre lang an der Schule tätig waren, feiern nächsten Montag ihr Jubiläum.

DZ. **Baden-Baden**, 19. Juli. Auch in hiesiger Stadt ist nunmehr die Einrichtung einer **Polizeirufanlage** gesichert. Mit den Arbeiten soll in kürzester Zeit begonnen werden.

DZ. **Rastatt**, 19. Juli. Der **Badische Polizeisportverband** hatte für vergangenen Samstag die Leichtathletikmeisterschaften nach Rastatt ausgeschrieben. Die besten der badischen Polizeisportvereine waren gekommen und mancher neue Meister ist aufgetaucht, ein Zeichen für den guten Nachwuchs in den Reihen der badischen Polizei. Die Leistungen sind im Hinblick auf die nicht besonders günstigen Bahnverhältnisse sehr gut.

DZ. **Oberkirch**, 18. Juli. Am 19. September feiert die **Stadt Oberkirch** ihr **600jähriges Bestehen**. Zu der Feier wird auch der badische Staatspräsident erscheinen. Nach einem Festgottesdienst findet in der Aula des Schulgebäudes ein Festakt statt. Für den Nachmittag ist auf dem Schulplatz ein Festspiel vorgesehen.

DZ. **Kehl**, 23. Juli. Die „Straßb. N. N." führen unter der Überschrift **„Valutapilger"** bewegliche Klage über den Ausverkauf, dem jetzt Frankreich ausgesetzt ist. Insbesondere befaßt sich das Blatt mit dem Fremdenverkehr über den Kehler Brückenkopf und glaubt, mitteilen zu können, daß täglich über Kehl ungefähr 300 Deutsche nach Frankreich einreisen, um sich den Tiefstand des Franken nutzbar zu machen. Dazu kämen noch etwa 1200 bis 1500 Einwohner des Brückenkopfgebietes. Gewiß ließen namentlich die Bewohner des Brückenkopfgebietes Geld in Straßburg, sie seien sowieso nicht auf Rosen gebettet, aber es müsse doch eine Grenze gezogen werden, wenn sie Hemden dutzendweise und die Taschentücher großweise einkaufen kommen. Das sei ja der reinste Ausverkauf. Das Blatt erörtert allen Ernstes die Frage, ob man nicht von solchen Leuten besondere Zuschläge erheben könne. (Wie war das eigentlich damals, als die Straßburger zu Tausenden täglich den Kehler Brückenkopf auskauften?).

WTB. **Speyer**, 19. Juli. Der **Rote Frontkämpferbund** hielt trotz polizeilichen Verbots am Sonntag unter Beteiligung der Gaue Baden, Saargebiet und Hessen in Speyer eine Versammlung ab. Als die **Polizei** einen Umzug aufzulösen versuchte, kam es zu **Zusammenstößen**. Die Polizei mußte von Gummiknüppeln Gebrauch machen. Dabei wurden etwa 20 Personen verletzt, darunter einige unbeteiligte Zivilisten und Schutzleute. Ehe Verhaftungen vorgenommen werden konnten, ergriffen die Roten Frontkämpfer die Flucht.

DZ. **Ellwangen** (Württbg.), 19. Juli. Am 10. August kann Oberkirchenrat Mons. **Munz** im Alter von 84 Jahren das diamantene Priesterjubiläum feiern. Er war über 30 Jahre Stadtpfarrer und viele Jahre Dekan in Spaichingen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Staatsanzeiger

Mit Entschließung vom 4. August 1924 wurde die Vereinigung der abgesonderten Gemarkung Hofwiesen mit der Gemeinde Binningen (Amtsbezirk Engen) mit Wirkung vom 1. Oktober 1924 angeordnet.

Die Anordnung ist nunmehr rechtswirksam.

Karlsruhe, 21. Juli 1926.

Der Minister des Innern
Remmele

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruhesetzungen usw.

der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Planmäßig angestellt:

Die Pflegerinnen Luise **Fischer** und **Sofie Ernst** bei der Heil- und Pflegeanstalt Illenau, die Pflegerin **Elise Kaiser** bei der Heil- und Pflegeanstalt Wiesloch.

Versetzt:

Regierungsrat Dr. Wilhelm **Compter** beim Bezirksamt Waldshut an das Bezirksamt Mannheim.

Börsen und Märkte

Wochenrundschau nach dem Stande vom 22. Juli

Börse: An der Börse herrscht hochsommerliche Stille. Die Umsatztätigkeit war äußerst eingeengt und beschränkte sich nur auf wenige Spezialwerte. Das Hauptgeschäft konzentrierte sich auf Farbenindustrieaktien, die bei lebhafter Anfrage anzogen. Bei den anderen Werten war die Tendenz uneinheitlich und unsicher. Das Publikum bewahrte große Zurückhaltung. Im Hinblick auf die Entwicklung in Frankreich verhielt sich auch die Spekulation abwartend.

Geldmarkt: Auf den Geldmärkten herrschte verstärkte Flüssigkeit, und die öffentlichen Kassen weisen stärkere Zuflüsse auf. Man verhehlt sich aber nicht, daß diese Flüssigkeit in der Hauptsache eine Folge der Beschäftigungslosigkeit der Industrie ist, und daß die Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Reichsregierung, das auch die Aufnahme einer inneren Anleihe von 200 Millionen Mark vorsieht, den größten Teil der öffentlichen Gelder vom Börsengeldmarkt wieder wegführen wird. Die Reichseinnahmen sind im Juli gegenüber dem Voranschlag zurückgeblieben. Das Defizit beträgt im Juni 35 Millionen Mark. Der französische Franken ist weiter im Fallen begriffen. Für eine Reichsmark kann man elf Franken erhalten.

Produktenmarkt: Die Getreidebörsen waren sehr still. Die beginnenden Erntearbeiten haben das Angebot der Landwirte verkleinert. An der Berliner Produktenbörse notierten **Weizen** 306½ (+3), **Roggen** 191 (—10), Sommergerste 205 (—7), Neue Winter- und Futtergerste 182, Hafer 208 (—5) Mark je pro Tonne und Mehl 40 (unv.) Mark pro Doppelzentner.

Warenmarkt: Die deutschen Außenhandelszahlen waren im Monat Juni zum ersten Male in diesem Jahre passiv. Die Passivität betrug im Juni 35 Millionen Mark, während im Mai die Bilanz mit 27 Millionen und im April mit 50 Millionen Mark aktiv war. Zugenommen hat die Einfuhr in allen Warengattungen, sowohl bei Rohstoffen, wie bei Halbfertig- und Fertigfabrikaten. Von dem neuen Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung, das 500 000 Erwerbslosen Beschäftigung bei Notstandsarbeiten bringen soll, wird eine Festigung der Konjunktur erwartet. Die Kohlenförderung hat bei der Weiterdauer des englischen Streiks eine beträchtliche Zunahme erfahren. Auf den Metallmärkten gab es Preiserhöhung. Die Häuteaktionen der letzten Zeit verliefen fest.

Viehmarkt: Der Auftrieb zu den Schlachtviehmärkten war nieder und das Geschäft sehr ruhig. Trotz des geringen Auftriebs gingen die Preise fast in allen Gattungen zurück.

Holzmarkt: Auf den Holzmärkten kamen keine nennenswerten Abschlüsse zustande. Die Nachfrage war sehr beschränkt.

Ablösung der Anleihen der Länder, Gemeinden u. Gemeindeverbände.

Für die Anmeldung der Rechte des Altbesitzes der vorstehend erwähnten Anleihen ist eine Ausschlußfrist festgesetzt, die vom 2. August 1926 bis einschl. 1. November 1926 läuft.

Die unterzeichneten Banken werden **für ihre Depotkundschaft** die für die Anmeldung der Rechte des Altbesitzes erforderlichen Formalitäten **ohne weiteres** vornehmen, **soweit die Stücke vor dem 1. Juli 1920 bei der betreffenden Bank ins Depot eingeliefert wurden und sich seitdem ununterbrochen dort befinden.** Für Stücke, die nach dem 30. Juni 1920 bei der Bank deponiert wurden, ist seitens der Depotinhaber der Nachweis des Altbesitzes zu erbringen.

Karlsruhe, den 24. Juli 1926. F560

Badische Bank

Badische Girozentrale
Zweiganstalt Karlsruhe

Baer & Elend

Darmstädter & Nationalbank
Filiale Karlsruhe

Ignaz Ellern

Veit L. Homburger

Rheinische Creditbank
Filiale Karlsruhe
und deren Depositenkassen

Straus & Co.

Süddeutsche Disconto-Gesellschaft A.-G.
Filiale Karlsruhe
und deren Depositenkassen

Vereinsbank Karlsruhe e. G. m. b. H.

Sparkasse Altenheim

Bilanz pro 31. Dezember 1924

Vermögen:	RM	Schulden:	RM
a) Darlehen gegen bedungenes Unterpfand	13 200.—	a) Spareinlagen	42 689.18
b) Darlehen auf Schuldschein an Gemeinden	1 500.—	b) Schulden bei der Girozentrale	17 350.—
c) Darlehen auf Schuldschein an Private	43 013.—	c) Vorübergehende Giroverbindlichkeiten	9 543.72
d) andere Kreditanlagen	9 650.—	d) Ausgabereste	1 818.21
e) Einnahmerückstände	5 584.09	e) Reingewinn	3 526.59
f) Kassenvorrat	1 980.61		
	74 927.70		74 927.70

Gewinn- und Verlustrechnung

Verlust:	RM	Gewinn:	RM
Verwaltungskosten 16b	2 385.32	Zinsen	10 536.07
16c	600.85	Sonstige Einnahmen	1 033.53
Zinsen und sonstige Ausgaben	5 056.84		
Gewinn 1924	3 526.59		
	11 569 60		11 569.60

Der Verwaltungsrat:

Roth, Bgrmstr. Marx, Rechner. H.87

Öffentliche Sparkasse Lauda

Bilanz per 31. Dezember 1924.

	RM ₰		RM ₰
Kassenbestand	3 142.78	Spareinlagen	42 723.13
Postscheckguthaben	174.45	Giroeinlagen	40 377.68
Darlehen gegen Bürgschaft	27 877.80	Aufgenommene Gelder	95 204.94
„ in lfd. Rechnung	152 605.06	Reservefonds (8%/₀ d. Spareinl.	3 417.84
Hypotheken-Darlehen	3 700.—	Rücklage-Konto:	
Betriebskptl. b. Giroz. Mhm.	989 —	Stand 1.24 668.20	
Wertpapiere	1.—	Zugang 6 100.28	6 768.48
Liegenschaften	1.—		
Inventar	1.—		
	188 492.07		188 492.07

H.95 **Der Verwaltungsrat.**

TH. & O. HESSIG

Beton- und Eisenbetonbau
Hoch- und Tiefbau
Asphaltierungen

Spezialität:

Soliditit-Betonstraßenbau D.R.P.

KARLSRUHE i. B.
Hirschstr. 40 / Telephon 105
Gegründet 1878

F536

Badische Bank

Mannheim — Karlsruhe

Hinterlegungsstelle für Mündelvermögen. E.343

Bekanntmachung

Auf Grund der §§ 37, 76 der Gewerbeordnung und §§ 61, 114 Ziffer 1 der Vollzugsverordnung hierzu wird mit Zustimmung des Stadtrats in Karlsruhe folgende durch Erlaß des Herrn Landeskommissärs vom 17. Juli 1926 für vollziehbar erklärte

Ortspolizeiliche Vorschrift

erlassen:

Tarif für Dienstmänner:

1. Für Geschäftsreisende:

	ohne Wagen	mit Wagen bis zu 50 kg
¼ Stunde	0,40 RMk.	0,50 RMk.
½ Stunde	0,70 RMk.	0,80 RMk.
¾ Stunde	1,10 RMk.	1,30 RMk.
1 Stunde	1,40 RMk.	1,60 RMk.
jede weitere Stunde	1,30 RMk.	1,50 RMk.

2. Bestimmte Dienstleistungen:

	ohne Wagen	mit Wagen bis zu 50 kg
¼ Stunde	0,50 RMk.	0,60 RMk.
½ Stunde	0,75 RMk.	0,90 RMk.
¾ Stunde	1,20 RMk.	1,40 RMk.
1 Stunde	1,50 RMk.	1,70 RMk.

Jede weitere 50 kg = 0,50 RMk. mehr pro Stunde oder Leistung.

Bei einer Dienstleistung von mehr als einer Stunde wird der Tarif für Geschäftsreisende in Anwendung gebracht. Die Berechnung gilt: ab und zurück bis Standplatz.

Bemerkungen:

1. Bei allen anderen als unter I und II genannten Dienstleistungen ist vor Beginn der Arbeit eine Preisvereinbarung zu treffen. (Möbeltransport u. dergl.)

2. Die einfachen Tarifsätze gelten nur bei Tageszeit, d. i. in den Monaten April bis Oktober von morgens 6 Uhr bis abends 8 Uhr, in den Monaten Oktober bis März von morgens 7 Uhr bis abends 7 Uhr.

3. Bei Nachtzeit ist in den Monaten April bis September bis abends 10 Uhr, in den Monaten Oktober bis März bis abends 9 Uhr die Hälfte der Taxe mehr, von da an die doppelte Taxe zu entrichten.

Alle früheren diesbezüglichen Vorschriften werden hierdurch aufgehoben. H.130

Karlsruhe, den 22. Juli 1926. O.-Z.154.

Bad. Bezirksamt, Polizeidirektion A.

Die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche.

Die Maul- und Klauenseuche in Hagsfeld ist erloschen. Die angeordneten Schutzmaßnahmen wurden aufgehoben. H.131

Karlsruhe, den 22. Juli 1926. O.-Z.155.

Bezirksamt Abt. IIb.

Trauerwagen

in gediegener und preiswerter Ausführung
stets vorrätig am Lager

Sanitätsautos u. Karosserien

in hygienisch modernster Ausführung

Lorcher Fahrzeugwerke G. m. b. H., Lorch/Württbg.
Beste Anerkennungen. Angebote und Bilder kostenlos

Im **Quellenlaboratorium der Staatlichen Bäderverwaltung** in Baden-Baden soll sofort ein

wissenschaftlicher Hilfsarbeiter

vorübergehend (zunächst auf die Dauer von 1—2 Jahren) im Vertragsverhältnis eingestellt werden. In Betracht kommt ein **Chemiker** mit besonderen Kenntnissen und Erfahrungen in der Ausführung quantitativer und qualitativer Analysen **anorganischer** Stoffe. Erwünscht sind theoretische und praktische Kenntnissen und Erfahrungen in der Ausführung nischen Fächern, namentlich Schwachstrom.

Angebote mit Gehaltsansprüchen und Angabe des Eintrittstermins sind **zu richten an die Staatliche Bäderverwaltung Baden-Baden.** H.116

H.123. **Karlsruhe.** Im **Konkursverfahren** über das Vermögen der **Südd. Dampfobst- und Weinbrennerei B. Odenheimer** in Karlsruhe, Gottesauerstraße 6, wird der Konkursverwalter ermächtigt, aus der Masse einen Vorschuß von 2500 RM. in Anrechnung auf die bei Konkursende festzusetzenden Beträge für Auslagen und Vergütung zu entnehmen.

Amtsgericht Karlsruhe A. 8.

Bahnunterhaltungsarbeiten Weil-Leopoldshöhe u. Rheinfelden nach den vorläufigen Verdingungsvorschriften vom 1. Juni 1924 zu vergeben. Bedingnisheft und Angebotsvordrucke Preis 0,50 RM. liegen bei der Bahnbauinspektion Basel und der Bahnmeisterei Weil-Leopoldshöhe und Rheinfelden auf. Angebote längstens bis z. Eröffnungstermin, **Montag, den 2. August 1926, vorm. 11½ Uhr, bei** der Bahnbauinspektion Basel, postfrei mit Aufschrift: Bahnunterhaltungsarbeiten, einzureichen. Zuschlagsfrist 8 Wochen. Basel, 20. Juli 1926. H.88

Bahnbauinspektion.

Maurer- und Steinhauerarbeiten für den Umbau des Flutdurchlasses auf der Hauptbahn zwischen Offenburg und Schutterwald nach den vorläufigen Verdingungsvorschriften der Reichsbahndirektion Karlsruhe vom 1. 6. 24 öffentlich zu vergeben. Etwa 125 m³ Mauerwerkabbruch, 110 m³ Aufbau, 6,3 m³ Sandsteinplatten. Zeichnungen und Bedingnisheft liegen bei mir zur Einsicht auf. Gegen Einsendung des Betrages von 90 Pf. können Angebotsvordrucke bezogen werden (jedoch keine Pläne u. keine Vertragsbedingungen). Angebote sind verschlossen, postfrei mit entsprechender Aufschrift bis spätestens **Samstag, den 7. August 1926, vormittags 9 Uhr** bei mir einzureichen. Zuschlagsfrist 14 Tage. Offenburg, 22. 7. 26. **Deutsche Reichsbahn - Gesellschaft, Vorstand der Bahnbauinspektion.** H.129

Schwerhörige!

Auch in schweren Fällen und wenn Hilfe vergeblich gesucht wurde, hat **die seit zwei Jahren bewährte Breslauer Hörkapsel geholfen.** Kein Hörrohr, kein elektrischer Strom oder Magnetismus sondern selbsttätige, ständige mechanische Einwirkung. Bequem und unauffällig zu tragen. Die Erfindung eines Ingenieurs, welcher seit seiner Kindheit sehr schwerhörig war. Die nachweisbaren Erfolge auch in sehr schweren Fällen mehren sich ständig. Unser Vertreter ist **am Montag, den 26. Juli 9—7 Uhr im Hotel Café Nowack in Karlsruhe.**

Auskunft wird unentgeltlich erteilt. Brillen mitbringen. Die Hörkapsel muß für jedes Ohr extra angefertigt werden, daher müssen Schwerhörige persönlich vorsprechen.

Diejenigen Schwerhörigen, welche die Breslauer Hörkapsel bereits tragen, werden gebeten F.552

am Dienstag, den 27. Juli

vorzusprechen, damit unser Vertreter sich vom richtigen Sitz der Kapsel und vom Vorhandensein des notwendigen zarten Kontaktes überzeugen kann. **Im Interesse der Schwerhörigen und im Interesse möglichst vollkommener Anwendungsmöglichkeit der Breslauer Hörkapsel werden die Herren Spezialärzte und praktischen Ärzte gebeten vorzusprechen.**

Hörkapsel-Gesellschaft, Breslau 16.

Bruchsal. H.122

Güterrechtsregistereintrag Band III Seite 142: Just I, Hermann, Ladeschaffner a. D. und dessen Ehefrau Luise geb. Just in Kronau. Vertrag vom 2. Juli 1926. Gütertrennung des B.G.B.

Bruchsal, 19. Juli 1926.

Bad. Amtsgericht.

Massagen Lichtbäder

(Ärztlich geprüft)

Monika Herrmann
Kaiserstraße 112 F.517

Damen od. Herren für dau. schriftliche Werbearbeiten sucht **Bikos, Berlin,** Ebersstr. 80 a. F.559

Bienen-Schleuder-Honig F.509

garantiert rein, naturecht, wunderbares, würziges Aroma.
10 Pfd.-Eimer M. 13.70
franko Nachnahme
Garantie: Zurücknahme
Struve, Schwarzenbach
bei Todtmoos (bad. Schw.)

Papierholzverkauf.

Das **Forstamt Waldkirch** bei Freiburg verkauft freihändig aus den Staatswaldungen Kandelwald u. Biggert 371 Ster Papierholz I.—III. Kl. in 2 Losen. Losverzeichnisse durch das Forstamt. Termin für Einreichung der Angebote **Donnerstag, den 5. August, vorm. 11 Uhr.** H.132

Güterrechtsregister.

Überlingen. H.115

Güterrechtsregister Bd. II S. 223: **Sulger, Heinrich,** Kaufmann in Meersburg u. Maria geb. Kramer. Vertrag vom 8. Juli 1926. Gütertrennung.

Überlingen, 19. 7. 26.

Bad. Amtsgericht Überlingen.

Hochfeinste, m. I. Preis. präm. **schleswig-holsteinische**

Tafelbutter,

täglich frisch, in Postkollis **zu 9 Pfd. unter Nachnahme** zu den billigsten Tagespreisen empfiehlt F.545

Wilh. Mohr,
Butterversandhaus,
Mehlby pr. Kappeln
(Schlei),
Schleswig-Holstein.

Wohnungs-Tausch-Zentrale F.518

Wohnungen und Zimmer vermittelt rasch
Büro Herbst
Zähringerstraße 31
Telephon 2371

Druck G. Braun, Karlsruhe